



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Tarifliche Schwierigkeiten (IV.). — Ein erfolgreicher Abwehrkampf. — Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911 (Schluß). — Feuilleton: „Kranz!“... — Korrespondenzen (Berlin, Nürnberg-Gürth). — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

Beilage: Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1911. (Schluß). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 23. Februar bis 1. März ist die Beitragsmarke in das mit 9 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Tarifliche Schwierigkeiten.

IV.

In unseren letzten Ausführungen über dieses Kapitel (s. Nr. 5 der „Solidarität“) haben wir gezeigt, daß die von den Gehilfen bisher geübte „neutrale“ Haltung bei den Tarifkämpfen der Hilfsarbeiterschaft immer zum Vorteil der Prinzipalität ausfallen muß. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Tarifinstanzen der Buchdrucker versucht haben, bestimmte Normen aufzustellen, nach denen bei Hilfsarbeiterbewegungen von den Gehilfen zu handeln ist. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß diese Versuche eine praktische Wirkung nicht haben können, und zwar, weil durch sie der eigentliche Kern der Frage nicht berührt wird. Wir wollen das an einigen Beispielen nachweisen. Das erstmal beschäftigte sich das Tarifamt im April 1907 mit der Sache, wobei es Grundsätze festlegte, die vom Hilfspersonal unbedingt beachtet werden müssen, wenn es auf die Unterstützung der Gehilfen bei seinen Bewegungen rechnen will. Die Anwendung des Begriffs „Unterstützung“ ist zwar etwas zu weitgehend, aber wir würden beschweidenweise schon darin eine Unterstützung erblicken, wenn wir durch die Tätigkeit der Gehilfen nicht direkt in unserer Bewegungsfreiheit gehindert würden. — Also im Jahre 1907 wollte das Dresdner Hilfspersonal durch gemeinsame Arbeitseinstellung in mehreren Betrieben die Herbeiführung von Tarifverhandlungen erzwingen. Von einem Maschinenmeister wurde das Anlernen ungeübter Streikbrecher verlangt, was dieser verweigerte. Er wurde wegen Arbeitsverweigerung sofort entlassen, worauf er eine Klage bei den Schiedsinstanzen anstregte. Das Tarifamt entschied, daß

1. das Anlernen von Hilfspersonal zu den Pflichten des Maschinenmeisters gehört,
2. dem Antrage des Klägers auf Zurücknahme der Kündigungslosen Entlassung nicht stattgegeben werden kann.

In der Urteilsbegründung sagt das Tarifamt, nachdem es den Maschinenmeister zur Ausbildung von Hilfspersonal „in erster Linie“ für zuständig und verpflichtet erklärt, aber noch folgendes:

„Das Tarifamt ist aber der Ansicht, daß der Kläger die Leistung dieser Arbeit im besonderen oder nur deshalb verweigerte, weil er einen Er-

satz für diejenigen Hilfsarbeiter heranzubilden sollte, die wegen Einführung einer Lohnvereinbarung ausständig geworden. Hierzu wäre der Kläger berechtigt gewesen, wenn das Vorgehen der Hilfsarbeiter unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und unter Wahrung der Grundsätze eines Tarifabkommens erfolgt wäre. Hätten die Hilfsarbeiter bei der Bellagten unter Einhaltung der Kündigungsfrist ihre Stellungen verlassen, dann wäre der Kläger nicht verpflichtet, die von ihm verlangte Ausbildung neuen Hilfspersonal zu leisten, weil die tariftreuen Buchdruckergehilfen berechtigt und verpflichtet sind, für den Abschluß von Lohnvereinbarungen innerhalb des Gewerbes einzutreten und den davon Betroffenen eine gewisse Solidarität zu garantieren.“

Der Abschluß einer lokalen Vereinbarung für die Hilfsarbeiter war von den beiderseitigen Vertretern der Gewerbeangehörigen grundsätzlich als berechtigt anerkannt worden. Wenn die Buchdruckergehilfen hierbei unterstützend eingegriffen hätten, indem sie während der Konfliktzeit die Vertretung von Arbeitern ablehnten, die sie unter normalen Verhältnissen verrichten mußten, so wären die Tariforgane verpflichtet, dies entsprechend anzuerkennen.“

Diese Stellungnahme der obersten Tarifinstanz beweist, daß man damals schon die durch Hilfsarbeiterbewegungen hervorgerufene Situation als unfaßbar erkannte. Sie beweist auch, daß prinzipial- und gehilfenseitig die Notwendigkeit und auch die Durchführbarkeit von Hilfsarbeitertarifen eingesehen wurde, aber sie beweist nicht, daß durch sie allein der gewollte Zweck auch wirklich erreicht werden kann. Und wir behaupten und werden es an einer Reihe von Beispielen beweisen, daß dieser Befehl des Tarifamtes bis heute noch keinerlei praktische Wirkung auslöste, selbst dann nicht, wenn von den Hilfsarbeitern die vom Tarifamt aufgestellten Grundsätze bis auf das i-Tüpfelchen beachtet wurden. Das mag sonderbar erscheinen, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, daß in diesem Befehle eine ziemlich weitgehende Berücksichtigung der Prinzipalinteressen liegt. Das Tarifamt hat natürlich streng darauf zu achten, daß die Interessen beider Parteien, mit denen es zu tun hat, gewahrt bleiben, aber es verkennt unseres Erachtens bei der Uebertragung der für den Buchdrucker tarif maßgebenden Grundsätze auf die Hilfsarbeiterverhältnisse die Tatsache, daß es sich dort um bereits bestehende, von beiden Seiten anerkannte Rechtsnormen handelt, die bei uns erst eingeführt werden sollen und um die das Hilfspersonal ja seine Kämpfe eigentlich führt. Wir können es begreifen und halten es für richtig und selbstverständlich, wenn innerhalb der bestehenden Tarifgemeinschaft jedes ungeschiele Vorgehen einer der Vertragsparteien streng verpönt ist; dazu gehört vor allem der Kontraktbruch. Aber wir können diese Rücksicht nicht gelten lassen in Fällen, wo der

Gegner, in diesem Falle jene Prinzipale, die von einer tariflichen Ordnung für das Hilfspersonal nichts wissen wollen, trotz wiederholt vom Hilfspersonal erbrachter Beweise von Tarifstreife, sich den Zusehler von bestehenden Grundsätzen kühnert. Das Tarifamt jagt ganz richtig, daß „der Abschluß einer lokalen Vereinbarung für die Hilfsarbeiter von den beiderseitigen Vertretern der Gewerbeangehörigen grundsätzlich als berechtigt anerkannt worden war“. Ja, warum brauchen sich denn nur die Prinzipale nicht nach dieser grundsätzlichen Auffassung der beiderseitigen Vertreter der Gewerbeangehörigen zu richten, und warum müssen das die Hilfsarbeiter allein? Jene Prinzipale, die solchen Grundsätzen entgegenwirken, können doch wirklich keinen Anspruch darauf erheben, mit derselben Rücksicht behandelt zu werden, wie ihre Kollegen, die allen tariflichen Grundsätzen auch in bezug auf das Hilfspersonal getreulich nachkommen. Daher halten wir die vom Tarifamt seinerzeit als Vorbedingung für die Haltung der Gehilfen gegenüber der Frage des Anlernens von Streikbrechern aufgestellte Forderung für viel zu weitgehend und rücksichtslos gegenüber den tarifgegnerischen Prinzipalen.

Nun könnte man ja diese unsere Auffassung als einen müßigen theoretischen Streit hinstellen, wenn die Sache selbst nicht einen sehr ersten realen Hintergrund hätte. Wie bei allen solchen Entscheidungen kommt es doch letzten Endes lediglich auf deren praktische Wirkung an. Und die ist gleich Null, wenn den Grundsätzen des Tarifamtes bei unseren Tarifbewegungen wortwörtlich entsprochen werden soll. Wir haben die Probe aufs Exempel wieder in Dresden gemacht. Unter strengster Wahrung der vom Tarifamt aufgestellten Grundsätze und unter Innehaltung aller gesetzlichen Vorschriften wurde die Tarifbewegung 1910 eingeleitet und durchgeführt, und woran scheiterte sie? — Weil erstens die Buchdruckerbetriebe innerhalb der 14tägigen Kündigungsfrist genug Gelegenheiten hatten, die eifrigsten Arbeiter fertigzustellen, wozu sie selbst Ueberstundenarbeit zulassen nahmen konnten, und zweitens, weil während der Kündigungsdauer und auch nachher Erfahrpersonal gefunden wurde, mit dem die Buchdruckergehilfen zusammen arbeiteten und arbeiten mußten.

Daraus geht klar und deutlich hervor, wie nützlich für die Druckerbetriebe die Innehaltung der Kündigungsfrist ist und wie schädlich sie für die Aktionen des Hilfspersonals wirken muß. Wir sind natürlich weit davon entfernt, dem Kontraktbruch an sich und im allgemeinen das Wort zu reden. Dagegen spricht ja der Abschluß des Haftungsvertrages für alle Tariforte; aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen Verpflichtungen mit Gegenleistungen und solchen, die lediglich einen Teil binden und dem anderen Gelegenheit geben, diese Verpflichtungen zu mißbrauchen. Und ein Mißbrauch ist es unter allen Umständen, wenn tarifgegnerische Prinzipale allen Grundsätzen, wie sie von den Tarifinstanzen aufgestellt sind, zuwider jedwede Verhandlung mit der Hilfsarbeiterorganisation strikte ablehnen,

jeden Vermittlungsversuch des Tarifamtes zurückweisen, und dann, wenn sie dadurch das Hilfspersonal zum äußersten getrieben haben, die Unterstützung der Gehilfen und der Tarifinsinzen anrufen, derselben Tarifinsinzen, deren ehrliche Versuche zur friedlichen Beilegung von Differenzen sie erst in den Wind geschlagen haben. Wenn wir von dem weiter zurückliegenden Dresdener Schulbeispiel noch absehen wollten, so haben uns die jüngsten Ereignisse keine besseren Erfahrungen gebracht. Karlsruhe z. B. hat uns gelehrt, daß selbst bei dem besten Willen es gar nicht möglich ist, unter fortrekter Innehaltung der vom Tarifamt aufgestellten Grundsätze eine Tarifbewegung durchzuführen. Die Prinzipale erzwingen dort förmlich mit einem Kontraktbruch ihrerseits den Kontraktbruch des Personals und sicherten sich dadurch die Hilfe der Tarifinsinzen und damit der Gehilfen. Wir wissen es, nur widerwillig hat der größte Teil der Karlsruher Buchdrucker das Anlernen von Streikbrechern besorgt und mit diesen zusammengearbeitet, aber wenn der Ausgang der Bewegung allein davon abhängig gewesen wäre, wir würden eine eklatante Niederlage zu verzeichnen haben. Es ist natürlich, daß bei solchen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern jeder Teil versucht, sich den Kampf nach Möglichkeit zu erleichtern und alle ihm praktisch erscheinenden zur Verfügung stehenden Mittel zu seinen Gunsten auszunützen. Aber unnatürlich ist es, wenn der Unternehmer in die Lage versetzt wird, eine Arbeitergruppe gegen die andere auszuspielen und mit der Hilfe der einen die andere nieder zu ringen. Das tritt um so augenfälliger in Erscheinung, wenn es sich um Arbeitsniederlegungen in Zeitungsbetrieben handelt. Das ständige eingearbeitete Hilfspersonal tritt in den Ausnahmefällen, es gelingt den Streikposten jeden Zugang fernzuhalten und trotzdem erscheinen die Zeitungen, manchmal mit geringen Verzögerungen, mitunter aber auch sehr pünktlich. Wie ist das möglich, wo man doch weiß, wie es im Zeitungsbetrieb, besonders an der Rotationsmaschine, auf jeden Handgriff und auf jede Minute ankommt? Die Antwort ist verblüffend einfach, wenn auch nicht sehr erhehend. In allen von uns festgestellten Fällen haben die an diesen Maschinen tätigen Drucker mit Aufbietung aller verfügbaren Kraft die Fertigstellung des Druckes ermöglicht, indem sie auch die Arbeiten des Hilfspersonals mit erledigten. Wir erinnern uns an Braunschweig 1911, Karlsruhe 1912 und Hannover 1913. (Ueber den letzteren Fall siehe Bericht an anderer Stelle.) Nun wird man vielleicht einwenden, die tariflichen Sonderbestimmungen für Maschinenmeister

und Drucker, besonders der § 76 des Buchdrucker-tarifses, verpflichte die Maschinenmeister zu allen Arbeiten an der Rotationsmaschine. Im dritten Absatz des § 76 heißt es nämlich:

„Im allgemeinen ist der Maschinenmeister berechtigt und verpflichtet, infolge seiner Verantwortung alle Funktionen an der Maschine gegebenenfalls selbst auszuführen.“

Wir haben nicht die Absicht, auf die Vor-geschichte dieser Bestimmung einzugehen, aber wer diese kennt, weiß, daß es nicht der Wille des Tarif-ausschusses im Jahre 1906 war, mit diesem Para-graphen den Buchdruckergehilfen ein für allemal zu zwingen, „gegebenenfalls“ auch Streitarbeit zu verrichten. Wenn aber dieser Sinn von der Prinzipalität in die Bestimmung hineingelegt wird, dann hat die Gehilfenschaft nach unserer Meinung alle Veranlassung, dagegen ganz ener-gisch Front zu machen und zwar nicht zuletzt im eigenen Interesse und im Interesse des Ansehens des ganzen Standes. Wir haben leider auch die Erfahrung machen müssen, daß manchmal unter den Gehilfen, besonders den Rotationsmaschinen-meistern, eine Abneigung gegen die Bestrebungen der Hilfsarbeiter, namentlich gegen deren Tarif- und Lohnbewegungen, sich bemerkbar macht und zwar deswegen, weil ihnen daraus Unannehm-lichkeiten, in der Hauptsache aber eine gewaltige Mehrarbeit im Falle einer Arbeitseinstellung des Hilfspersonals erwächst. Hier liegt eine Ver-wechslung von Ursachen und Wirkungen vor, die lediglich auf jene Verpflichtungen des § 76 des Buchdrucker-tarifses zurückzuführen ist, welcher von jenen Gehilfen im Sinne der Prinzipalinteressen ausgelegt wird. Denn in der Regel werden für fehlende Hilfskräfte nicht Gehilfen eingestellt, sondern deren Arbeit wird von den sonst im Ver-trieb vorhandenen Maschinenmeistern mit ver-richtet. Nicht wesentlich anders gestalten sich die Fälle, wo es gelingt, für ausständigende Rotations-arbeiter Ersatz durch ungeübte Streikbrecher zu gewinnen. Diesen kann wohl manche Arbeit zu-gewiesen werden — aber sind sich dabei auch die jede Verantwortung tragenden Gehilfen bewußt, welche Gefahren an Leben und Gesundheit ihnen selbst und diesen ungelerten Arbeitern aus dieser Zusammenarbeit erwachsen? Der Rotations-betrieb fordert in normalen Zeiten schon Unfalls-opfer genug, die durch die oft sinnverwirrende Hast hervorgerufen werden, will es denn unter diesen Umständen niemandem in Gehilfenkreisen als bedenklich erscheinen, diese Gefahren dadurch zu vergrößern, daß der Prinzipal lieber seine alten eingearbeiteten Hilfsarbeiter ziehen läßt, ehe er ihre meist nur zu bescheidenden Forderungen erfüllt? —

Wir sehen also, daß sich in mancherlei Be-ziehungen die kritisierten Zustände als unhaltbar erweisen. Die Hilfsarbeiter, welche auch ein Recht darauf haben, sich nach Möglichkeit ihre Lage zu verbessern, nehmen ganz selbstverständlich auch das Recht für sich in Anspruch, sich die Verbesse-rung ihrer Lage eventuell auch erkämpfen zu können. Dieser Kampf zwischen Kapital und Ar-beit, der so wie so schon mit sehr ungleichen Waffen geführt wird, er soll und darf uns aber nicht noch mehr erschweren, unter Umständen ganz unmöglich gemacht werden durch eine Arbeiter-gruppe, die dieselben Bestrebungen verfolgt wie wir, die noch obendrein gewerkschaftlich viel stärker und schlagfertiger dasteht. Wenn auch dort Gesetze existieren, die eine friedliche Ver-ständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter er-möglichen, so dürfen diese aber niemals zum Schaden dritter ausgelegt und angewendet werden. Die Hilfsarbeiterorganisation hat unter vollster Würdigung der bestehenden Buchdrucker-Tarifgemeinschaft deren Intentionen Rechnung getragen und verfolgt seit sechs Jahren den tarif-lichen Weg, der ihr, und nicht zuletzt von der Ge-hilfenschaft, als notwendig bezeichnet wurde. Soll sie diesen Weg aber weiter gehen, aber nicht nur bis zu den ihr von den Prinzipalen gezogenen Grenzen, dann braucht sie Ellenbogenfreiheit, dann will sie die Möglichkeit haben, sich mit den Unter-nehmern alle in auseinander zu setzen und nicht bei aller Rücksichtnahme auf die Interessen der Gehilfen von diesen bei jeder Gelegenheit an die Wand gedrückt zu werden. Wir wissen, daß wir eine direkte Unterstützung der Gehilfen ihres Tarifverhältnisses wegen nicht verlangen können; das, was wir aber verlangen können und müssen, das ist die Wahrung vollster Neutralität bei unseren Tarifkämpfen, denn auch zwischen den Buchdruckergehilfen und dem Hilfspersonal muß der Grundsatz bestehen: Jedem das Seine!

Ein erfolgreicher Abwehrkampf

wurde kürzlich in Hannover in der Schlüterischen Buchdrucker („Hannoversches Tageblatt“) von unseren dort beschäftigten Kollegen durchgeführt. Die Firma versuchte schon seit längerer Zeit, ihren Rotationsbetrieb möglichst zu verbilligen, trotzdem sie ihn durch die Aufstellung einer Zweitägigen Rotationsmaschine wesentlich vergrößerte. Wie so häufig, sollte nun auch dort das Hilfspersonal der auf einmal eingetretenen Sparmaßnahme zum Opfer fallen, und das nach folgendem genialen Plan. Bisher hatten die beim „Hannoverschen Tageblatt“ beschäftigten 15 Einstecker einen Wochenlohn von 24 M. bei einer Arbeitszeit von 10 Uhr abends

„Framl!“ . . .

Lachend gingen wir am Montag mittag aus-einander. Wir hatten zuvor noch einige heitere Worte gewechselt. Er mußte ins Parlament — ich hatte noch einiges wegen der Fertigstellung der „Volkstribüne“ zu besorgen. Daß wir uns nimmer sehen würden, daran hatte ich nicht ge-dacht. Er war zu meinem Schreibtisch gekommen, gab mir die Hand, dann neigte er sich zu mir nieder und küßte mich, wie er es öfter zu tun pflegte, auf den Kopf: „Servus, Alter, schau, daß d' gesund bleibst.“ . . . Das waren seine letzten Worte zu mir . . .

Wo hätte ich daran denken können, daß der lebensfreudige Mann zum letztenmal vor mir stand. Er war ja in seiner vollen Manneskraft, hatte alle Hoffnung, noch Bedeutendes für die Partei leisten zu können, es in ihr zu Ehren und noch höherem Ruhm bringen zu können. Viel schon hatte er ja für die Partei geleistet, manche schwierige Aufgabe glücklich gelöst, und uner-schrocken ist er zu jeder Zeit eingetreten für unsere heilige Sache. Kein Gegner war ihm zu stark, kein Hindernis hat ihn je abgelenkt. Und dieser Mann, der immer mit offenem Bistier und in der stürmischen Feldschlacht gekämpft, ist einem Meuchler zum Opfer gefallen!

Was zum letzten Augenblick ist Franz Schu-h-meier im Kampfe gestanden, und er hat den heldenhaften Tod des Märtyrers erlitten, als er vom Schlachtfeld ging und zur Ruh' sich legen wollte nach getanem harten Tagewerk . . .

So traurig, so furchtbar für uns alle auch das Ende Schuhmeiers gewesen, so möchte man ihn beinahe doch beneiden um die hohe Tragik seines Hinganges. Er ist gestorben wie ein Held; er ist gefallen mit dem Schwerte in der Hand; er ist dahingegangen nach glänzenden Siegen über viele unserer bösesten Feinde und heftigsten Wider-sacher. Keinen schöneren Tod wohl kann es geben als den, der um einer guten Sache willen erlitten wird. Und Franz Schuhmeier, der im Volke, aus dem er gekommen, mit allen Fasern seines Herzens wurzelte, hat um einer hehren, gerechten Sache willen den Tod erlitten. Sein Mörder, der ihn feig von hinten niederschloß, hat ihn getötet, weil Schuhmeier der Repräsentant, der berufene und unvergleichliche Wortführer eines mächtigen Teiles des arbeitenden Proletariats war, das um sein Leben und um die Existenz seiner Familien kämpft . . .

Noch steht er vor mir in seiner vollen Män-nlichkeit, heiter Abschied nehmend und auf das Wiedersehen verweisend. Niemand hätte ich mir träumen lassen, daß ich diesem Manne — unserem Franz — nur die Worte des ewigen Abschieds werde zu widmen haben. Er im besten Alter, ich — der Greis. Ich, der ich ihm viel verdanke, und er, der mir so oft in herzlicher Weise be-teuerte, daß ich einigen Einfluß gewonnen auf sein Werden.

Es ist bald ein Vierteljahrhundert, daß wir uns gekannt. Er war noch ein Springinsfeld und ich schon etwas erfahren. Noch garte es in ihm wie in einem Kasse mit jungem Wein. Aber er ließ sich manches sagen, lernte viel und gab

nach, wo er einsah, daß die Zeit noch nicht ge-kommen sei für das, was er, was wir eigentlich alle gewollt und noch wollen.

Ich habe ihn emporwachsen gesehen, erst von Monat zu Monat, dann von Tag zu Tag. Oft staunte ich, wie sein scharfer Geist Dinge rasch erfaßte, an denen sich der Ältere die Zähne aus-biß. Aus armseligen Verhältnissen entstammend, des Lebens Not schon an jungen Körper schwer empfindend, hat sich Franz Schuhmeier aus ge-ringen Bildungsanfängen hoch emporgearbeitet. Er war der richtige Selbmademan, was soziale und politische Kenntnisse anlangt. Glänzende Zeugnisse davon hat er in der Partei, hat er in zahllosen Volks- und Vereinsveranstaltungen, im Gemeinderat, im Landes- und im Reichsparlament abgelegt. Immer hat er die Armen vor sich ge-habt, denen er half, wo und wann er ihnen helfen konnte. Stets ist er für die Interessen des arbeitenden Volkes eingetreten und keinen Zoll breit ist er von der gegebenen Linie des profes-sionellen Parteiprogramms abgewichen, wenn es galt, in einer der politischen Körperschaften die Vorteile der Arbeiterschaft zu vertreten.

Allmählich hatte sich Franz Schuhmeier auch zum Parteischriftsteller entwickelt. Mit demselben Eifer, demselben Eifer, derselben Hingebung, wie er mündlich wirkte, hatte er auch schriftlich Gutes geschaffen. So wie die Zahl seiner Reden eine enorme, ist auch die Zahl seiner Aufsätze in der „Volkstribüne“, die Geist von seinem Geiste war, im Verlauf von zwanzig Jahren eine gewaltige. Und außerdem schrieb er für die „Arbeiter-Zeitung“, für verschiedene Parteiorgane, für Ge-

bis früh nach Fertigstellung des Blattes. Sie besorgten vor Beginn des Druckes auch das Putzen der Maschinen. Die an den Rotationsmaschinen beschäftigten Hilfsarbeiter beendigten ihre Arbeitszeit nach erfolgtem Ausbruch. Nun kam die Firma auf die Idee, das Putzen der Maschinen frühmorgens von den Rotationsarbeitern nach beendigter Arbeitszeit verrichten zu lassen, um dadurch die Arbeitszeit der Einstecker um diese Zeit zu verkürzen. Für die Verkürzung dieser Arbeitszeit sollte aber eine Lohnföhrung von 6 Mk. wöchentlicher erfolgen, ohne daß den Rotationsarbeitern für die Verlängerung ihrer Arbeitszeit irgendeine Entschädigung gezahlt werden sollte. Daß auf solche Praktiken das Personal nicht einzugehen gewillt war, läßt sich begreifen, oben drein, wenn man bedenkt, daß es sich durchweg um alte Arbeiter handelte, die schon bis zu dreißig Jahren bei der Firma beschäftigt sind. Ist an sich der Lohn von 24 Mk. für anstrengende Nacharbeit schon sehr bescheiden, wie sollen dann Arbeiter mit 18 Mk. wöchentlicher auskommen! Alle Vorstellungen des Personals und auch der Organisationsleitung blieben erfolglos, und als sich die Arbeiter weigerten, auf die neuen Bedingungen einzugehen, kündigte die Firma 14 Personen. Die Verbandsleitung bemühte sich vergeblich, die Differenzen auf friedlichem Wege zu beseitigen, und so war es nicht zu vermeiden, daß das gesamte Hilfspersonal am Sonnabend, den 8. Februar, abends geschlossen die Arbeit niederlegte. Trotzdem nun die Firma mit Hilfe der bei ihr beschäftigten drei Maschinenmeister, die alle Hilfsarbeiterarbeiten verrichteten, versuchte, den Betrieb aufrechtzuerhalten, mußte sie dennoch, nachdem auch das gesamte Lagerpersonal am darauffolgenden Montag in den Kampf mit eingriff, nach viertägigem Ausstand kapitulieren. Am 13. Februar kam dann folgender Vergleich zustande:

„Zwischen dem Inhaber der Schlichterschen Buchdruckerei („Hannoversches Tageblatt“) und dem Vertreter der organisierten Hilfsarbeiter, Herrn Sparfuß, wurde zur Beilegung der schwebenden Differenzen folgendes vereinbart: Die ausländigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen werden sämtlich wieder eingestellt, und zwar die am Tage beschäftigten sämtlich sofort, von den Zeitungs-Einsteckern und Abträgern sieben Mann, von dem Zeitungsdruckmaschinen-Hilfspersonal vier Mann gleichfalls sofort, die Verbleibenden innerhald 14 Tagen. Es werden dieselben Löhne gezahlt wie bisher. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Die Einstecker und Abträger haben die Verpflichtung übernommen, als Ausgleich für die 15 Stunden, die gegenüber der früheren Arbeits-

zeit in der Nacht ausfallen, das Sonntagsblatt nach dem Druck fertigzumachen (eventuell falzen, einstecken, verpacken und expedieren) und werktäglich mittags von 12 Uhr an bis zu einer Stunde dem Geschäft zur Verfügung zu stehen. Eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit darf dadurch nicht eintreten.“

Der Firma ist durch diese von ihr provozierte Abwehrbewegung eine sehr heilsame Lehre zuteil geworden. Hoffentlich ist diese von nachhaltiger Wirkung.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911.

(Schluß.)

Schweden berichtet über eine Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung, die nach dem großen Kampfe des Jahres 1909 etwas zurückgegangen war. Leider wird der Aufstieg sehr durch die zerstörende syndikalistische Agitation gehindert, sehr zur Genugtuung des Unternehmertums. Dabei haben die syndikalistischen Gruppen irgendwelche numerische Bedeutung nicht. Ihre Agitation dient vielmehr vielen Arbeitern nur als Grund, überhaupt keiner Gewerkschaft beizutreten. — Norwegen zeigt eine rasche industrielle Entwicklung. Während seit 1865 die Bevölkerung sich um 40 Prozent vermehrte, stieg die Zahl der Industriearbeiter im Lande um 505 Prozent. Das erklärt zum Teil das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung, das auch im letzten Jahre anhielt, trotzdem der größte Teil der Mitglieder in schwere Arbeitskämpfe, meist sogar in Aussperrungen, verwickelt war. — In Finnland, wo die Bewegung unter der russischen Knechte zu leiden beginnt, mußten besonders die Buchbinder einen harten Kampf bestehen, der aber dank der Hilfe der ausländigen Gewerkschaften mit einem Siege der Arbeiter endete. — Aus Deutschland kommt wie gewöhnlich der umfassendste Bericht, der auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres eingetht und dann besonders die gegnerischen Gewerkschaften, die Unternehmerverbände usw., behandelt. Die deutschen Gewerkschaften berichten über ein Jahr harter Arbeit und reicher Erfolge auf allen Gebieten. — Auch die Gewerkschaften in Oesterreich machen bedeutende Fortschritte, damit die separatistische Krise, wenigstens außerhalb der separatistischen Kreise selbst, überwunden zu sein scheint. Leider aber besteht wenig Hoffnung, daß der durch die separatistische Agitation heraufbeschworene Bruderkrieg bald enden wird. Er hat sogar schon auf die öffentlichen Wahlen und auf die Lohnbewegungen eingewirkt, da allenthalben die Ar-

der Bühne, die er gern anders gesehen hätte, wie sie geworden. Es war, wie gesagt, eine Freude, zu sehen, wie sich Schuhmeier geistig entwickelt hatte, und man konnte die Hoffnung hegen, daß dies noch viel mehr der Fall sein würde. Vielleicht gestattet man mir die Bemerkung, daß die größte Freude über die Entwicklung ich empfunden habe — ich, der ich immer stolz darauf bin, wenn einer von uns, einer „aus der Tiefe“ emporgestiegen und aus eigener Kraft zu einer bedeutenden Persönlichkeit geworden ist. Weil ich eben viele Jahre mit Schuhmeier zusammen gearbeitet und ihn so gut gekannt habe, ist es mir Bedürfnis gewesen, das zu sagen. . .

Nun liegt unser Franzl auf der Bahre! Vor der Zeit ist er uns gestorben. Ein bössartiger Mensch hat ihn uns gemordet, hat ihn uns und seiner Familie sowie seinen Freunden genommen. Wir beklagen tief sein frühzeitiges, unter so tragischen Umständen erfolgtes Hinscheiden und widmen ihm aufrichtige Tränen. Aber sein Tun und seine Arbeit für die Partei werden unvergessen bleiben, und stets werden wir alle seiner mit Wehmut im Herzen, aber auch mit hoher Anerkennung für sein bedeutendes Wirken gedenken. Und so mögen diese unter dem Eindruck der Todesnachricht von einem getreuen, dankbaren Freunde geschriebenen Zeilen gelten als ein bescheidenes Blatt der Erinnerung an unseren herrlichen Franzl, der gefallen ist von Mörderhand.

Karl Höger.

(Wiener Arbeiter-Zeitung.)

beiter sich nach Nationen scheiden und befehlen, soweit nämlich die separatistische Arbeit Früchte trägt. — Sogar Bosnien-Herzegowina haben eine aufsteigende Arbeiterbewegung, der allerdings von der rückständigen Regierung und vom Unternehmertum ungeheure Schwierigkeiten bereitet werden. Ein wirtschaftliches Koalitionsrecht gibt es in diesen Ländern nicht. — In Ungarn, dem klassischen Lande der Knechtschaft, gelang es den Gewerkschaften, ihren Bestand stark zu erhöhen, doch ist der Prozentfuß der Organisierten in der Provinz immer noch sehr gering. Das liegt zu meist an der wirtschaftlichen Rückständigkeit des ganzen Landes, das nur der Habgier und dem Ehrgeiz einzelner Leute als Spielball dient. — Kroatien zeigt aufsteigende Gewerkschaftsbewegung und niebergehende Auswanderungsziffern, wie man das übrigens auch in anderen Ländern beobachten kann. Man darf aus diesem Umstande wohl folgern, daß die Gewerkschaften wenigstens einigermaßen die Lage der Arbeiter erträglich machen und ihnen mehr Selbstvertrauen beibringen konnten. Alle guten Worte und alle Wohltätigkeit von oben haben bisher noch nie ein gleiches Resultat zuwege gebracht. — In Rumänien leben die Gewerkschaften infolge des Krieges im Nachbarlande in einem Ausnahmezustande, der ihre Tätigkeit sehr behindert. Deshalb ist der Bericht dieses Landes nur sehr kurz. Immerhin wird darin festgestellt, daß die Regierung allen Arbeitern staatlicher Betriebe das Koalitionsrecht nahm und ferner die Versuche der Unternehmer, gelbe Gewerkschaften zu gründen, eifrig unterstüzt. Ganz wie anderswo auch. — Auch in Serbien leidet die Arbeiterklasse unter fast asiatischer Rückständigkeit der regierenden Klassen und des Unternehmertums. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren gut entwickelt und auch eine Anzahl eigene Blätter gegründet. Durch den Krieg ist ihre Tätigkeit allerdings ziemlich unterbunden, so daß erst das Ende des Krieges abgewartet werden muß, um zu sehen, ob und wie die Arbeiterbewegung diese Katastrophe überstanden hat. — Aus der Schweiz liegt ein umfangreicher, reich mit Statistiken versehener Bericht vor, aus dem besonders das Kapitel über die Sozialgesetzgebung interessieren dürfte. — Auch Italien hat mehrere Landeszentralen, und zwar neben der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen, eine solche der Syndikalisten und eine andere der katbolischen Arbeiter, wodurch natürlich jede einheitliche Aktion der Arbeiterklasse fast unmöglich wird. Trotzdem gelang es, durch einen eindrucksvollen eintägigen Generalkstreik gegen das tripolitische Kriegssaboteur zu protestieren. Den größten Teil der organisierten Arbeiter stellen in Italien bekanntlich die Landarbeiter. — Von den Gewerkschaften in Spanien ist nur ein kurzer Bericht eingegangen. Danach ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf rund 100 000 gewachsen: ein Erfolg besonders des brutalen Vorgehens der Regierung und der Habgier einheimischer und ausländischer Kapitalisten, denen die Arbeiterklasse Spaniens schweren Tribut zahlen muß. — Die Vereinigten Staaten sind durch einen besonders ausgedehnten Bericht vertreten, in dem ausführlich der kulturelle Wert und Einfluß der Gewerkschaften nachgewiesen wird. Die im Bericht aufgezählten zahlreichen Ervingenschaften auf sozialpolitischem und auf wirtschaftlichem Gebiete lassen erkennen, daß auch in den Ver. Staaten der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer enger wird und daß die Arbeiter es wohl verstehen, sich mittels ihrer Organisationen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Der zweite Teil des Internationalen Berichts, der die internationalen Berufsekretariate behandelt, ist völlig neu. Insgesamt gibt es zurzeit in der modernen Arbeiterbewegung 28 solcher internationalen Berufsekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland haben, zwei in England und je eins in Holland und der Schweiz. Davon ist das Sekretariat der Maler erst kürzlich entstanden. Leider haben die Sekretariate außerhalb Deutschlands keinen Bericht gegeben. Die Mitgliederzahl der übrigen betrug im Jahre 1912: Bäcker 63 187 (in 13 verschiedenen Ländern), Bauarbeiter 418 590 (14), Brauereiarbeiter 118 681 (8), Buchbinder 46 588 (12), Buchdrucker 134 700 (14), Fabrikarbeiter 267 052 (7), Freireuergchiffen 4100 (3),

Legenheitschriften usw. Die Flugblätter, die er gelegentlich von Demonstrationen, bei Wahlen in die verschiedenen Vertretungskörper schrieb, zählen wohl nach Hunderten, und alle waren mit großem Geschick erfunden, in ihren Tatsachen wirksam zusammengefaßt, und alle hatten bedeutenden Einfluß auf die Wählerschaft.

Schuhmeier war unermüdlich tätig, er konnte sich beinahe nicht genug tun in seinen Arbeiten. Vom frühen Vormittag bis zum späten Nachmittag wirkte er, wenn er nicht im Parlament oder im Gemeinderat festgehalten war, in der Redaktion, und am Abend sprach er häufig in großen Versammlungen oder in Zusammenkünften der Genossen in den Bezirken, in denen er gewählt war. Jeder Aufforderung zur Teilnahme an einer Versammlung kam er freudig nach, war's in Wien oder in der Provinz. Er hat unserer Partei viele Anhänger zugeführt, und selbst Gegner unserer Sache hörten ihn gern und wollten seinen Ausführungen wegen der Redlichkeit ihrer Begründung den lebhaftesten Beifall. So hat Franz Schuhmeier in erhebender und ehrenhaftester Weise für uns gewirkt und ehrlich seinen Teil beigetragen zur Entwicklung und Erstarkung und Vertiefung der sozialdemokratischen Partei.

Als Mensch war Franz Schuhmeier ein liebenswürdiger Genosse, der immer dann in früherer Seiterkeit erstahlen konnte, wenn er von den Sorgen des Alltags und schwerer Parteiarbeit verschont blieb. Er hatte großen Gefallen an den ernsteren und heiteren Vergnügungen der Parteigenossen sowie an den Werken der modernen belletristischen Literatur und an den Darbietungen

Gemeindegewerkschaften 64 786 (8), Glasarbeiter 42 450 (17), Holzarbeiter 320 600 (20), Hotel- und Restaurantangestellte 28 129 (7), Hutarbeiter 30 200 (13), Kürschner 6406 (4), Lithographen 34 266 (14), Metallarbeiter 970 420 (18), Porzellanarbeiter 36 050 (7), Sattler 18 567 (5), Schneider 101 500 (15), Schuh- und Lederarbeiter 64 400 (11), Steinarbeiter 45 000 (16), Tabakarbeiter 50 125 (7), Transportarbeiter 821 816 (21), Töpfer 15 978 (6), zusammen 3 703 591 Mitglieder, jedoch einschließlich der nicht genannten Bergarbeiter, Textilarbeiter usw. weit über 5 Millionen Arbeiter den internationalen Berufssekretariats angegeschlossen sind. Immerhin bleibt diese Zahl noch weit zurück hinter der Mitgliederzahl der Landeszentralen. Besonders in England und den Vereinigten Staaten gibt es noch viele Gewerkschaften, die für die internationalen Berufsverbindungen noch gewonnen werden müssen.

Faßt alle Sonderberichte der Internationalen Berufssekretariate geben eine knappe Darstellung über die Entstehung und Geschichte des betr. Sekretariats. Diese Schilderungen über die Anfänge der gewerkschaftlichen Internationale sind besonders interessant. Sie zeigen, wie früh schon die Arbeiter dazu gekommen sind, mit ihren Arbeitsbrüdern jenseits der Landesgrenze nähere Fühlung zu suchen und mit ihnen zusammen zu arbeiten. Auch die internationalen Berufssekretariate haben sehr wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und deshalb wird die alljährliche Veröffentlichung ihrer Berichte im Internationalen Bericht des Internationalen Sekretariats der Landeszentralen nicht nur interessant, sondern auch lehrreich und nützlich sein. Zu wünschen wäre nur, daß diese Berichte wie auch die Berichte der Landeszentralen einseitlicher und vor allen Dingen mehr mit zahlenmäßigen Belegen ausgestattet werden. Gerade bei diesen internationalen Uebersichten sind Zahlen sehr nützlich: es ermutigt und stößt dem Arbeiter Selbstvertrauen ein, wenn er beobachten kann, wie die Klassengenossen anderer Berufe und Länder Fortschritte machen; sie regen auch zu Vergleichen an und wirken dadurch reformatorisch überall dort, wo es etwas zu verbessern gibt.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine ordentliche Mitgliederversammlung fand am 11. Februar statt. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Kollegen Kestler, Albert Richter und die Kolleginnen Lamm und Schöpe verstorben sind. Die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Im Arbeitsnachweis ist die Bureauzeit für weibliches Personal von 8-1 Uhr festgelegt worden. Kollege Glöth erstattete Bericht über die im Januar stattgefundenen Gauleiterkonferenzen. In Potsdam und Neubabelsberg, sowie auch unter dem Steinbrüchpersonal fanden Agitationsversammlungen statt und wurden an die Steinbrüchprinzipale Plakate zur Erinnerung und Benutzung unseres Arbeitsnachweises versandt. Eine Anfrage eines Kollegen, wie es kommt, daß im Berliner Lokal-Anzeiger vierzehn Stunden gearbeitet wird, wurde dahin beantwortet, daß diese Schicht am nächsten Tage eine kürzere Arbeitszeit hat, sobald wöchentlich 53 Stunden herauskommen. Kollege Fuß weist auf die im Jahre 1914 in Leipzig stattfindende internationale Ausstellung hin und fragt an, ob wir uns einer allgemeinen Besichtigung nicht anschließen wollen, es könnten schon jetzt 20 Pf. pro Woche von den Mitgliedern erhoben werden und dann an einem bestimmten Tage die Besichtigung vor sich gehen. Wie Kollege Glöth mitteilt, hat sich der Vorstand mit dieser Angelegenheit beschäftigt und wird der nächsten Versammlung definitive Vorschläge machen. Wegen absehbaren großen Restes gegen das Statut wurde auf Beschluß der Versammlung die Kollegin Clara Müller nach kurzer Diskussion einstimmig ausgeschlossen. Bei Renewahl der Revisoren wurden auf Antrag Sommerfeld die bisherigen Revisoren Kollegen Meindorf, Albert, Land und Kollegin Skünemann einstimmig wiedergewählt. In den Bildungsausschuss wurden Kollegin Brettag und Kollege Carl Schulze ebenfalls einstimmig gewählt. Kollege Glöth machte auf die nächsten Vortragabend aufmerksam, der nächste findet am 20. Februar statt. Ein Antrag, dem Arbeiterfamarentbund 25 Mk. zu überweisen, wurde ein-

stimmig angenommen, nachdem mitgeteilt, daß die uns überwiegenen Mitglieder zum Sommerfest sieben Mal in Funktion treten mußten. Am 2. März findet unser Wintervergügen: „Ein Sommerfest auf der Alm“ in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain statt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Billets an der Kasse 50 Pf. kosten und erucht, um unfehlbare Erbringungen an der Kasse zu verhüten, möglichst Billets im Vorverkauf zu entnehmen. Kollege Bleich machte darauf aufmerksam, daß diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die seitens der Landesversicherungsanstalt oder sonst irgendwie in eine Heilstätte gesandt werden, sich bei der Krankentafel krank melden müssen. Kollege Glöth teilte noch mit, daß am 11. März wieder eine Brandensammlung für das Steinbrüchpersonal stattfindet. Eine Agitation für dieselbe ist jetzt schon geboten. Kollege Lüber teilte mit, daß die Kollegen von Ulstein zugunsten ihrer 10 Pf.-Kasse ein Vergügen am 23. Februar veranstalten. Kolleginnen und Kollegen sind willkommen. (Eingeg. 18. 2.)

München-Fürth. Unsere Jahresversammlung, die einen besseren Besuch verdient hätte, wurde am 9. Februar abgehalten. Nach Erledigung der üblichen Mitteilungen gab Kollege Redding den Geschäfts- und Kassenbericht für das vergangene Arbeitsjahr und folgenreichere Jahr, daß ein Kampfsjahr wie sein Vorgänger war. Im Buchdruck galt es die Tarifverneuerung durchzuführen und im Steinbrüch waren wir bemüht, dafür zu sorgen, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu viele Opfer auf der Strecke blieben. Nach Beendigung des Streits setzte wie im Jahre 1906 eine Gegenagitation ein, die auch ihre Wirkung nicht verfehlte, da sie vielfach den erwünschten Vorwand zum Austritt aus der Organisation lieferte. Es zeigte sich, wie nach der Aussperrung vor sechs Jahren, der Vorgang, daß ein großer Teil derjenigen, die in zwölfster Stunde in die Organisation eintraten, sofort nach Aufnahme der Arbeit den Verband für überflüssig erklärten. Bedauerlich, daß unter diesen Klassenkämpfern sehr viel weibliche Angehörige von Patentgewerkschaftlern und dito Parteigenossen zu treffen sind. Wo bleibt da die Aufklärung in der Familie? Trotz allem trüben brachte uns der Kampf eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde und, bedingt durch den Mangel an weiblichem Hilfspersonal, in fast allen Firmen Anlägen. Die Tarifbewegung im Buchdruck ging glatt von statten bis auf wenige unruhliche Ausnahmen, doch liegt hier die Schuld vielfach bei unseren Mitgliedern, die die Bestimmungen des Tarifs nicht kennen und da sie aus Laune und Gleichgültigkeit keine Versammlungen besuchen, auch nicht aufgeklärt werden können. In einer Buntpapierfabrik wurde nach Anerkennung des Tarifs für das Buchdruckpersonal auch für die übrigen dort beschäftigten Mitglieder eine Lohnerhöhung erreicht. Nach erfolglosen Unterhandlungen vor dem Gewerbegerichtsvorstand wurde in einer Briefumschlagfabrik, durch eine nochmalige Aussprache, für 30 Kolleginnen eine Lohnerhöhung von je einer Mark durchgesetzt. Leider war es nicht möglich, dort eine weitere Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Die Tarifabschlüsse in zwei Steinbrüchereien wurden bereits an dieser Stelle erwähnt. In mehreren Steinbrüchereien wurden durch das Vorstelligen der Organisationsvertreter Lohnzulagen für die Mitglieder erreicht. Wir waren bemüht, das verlorene Terrain wieder zu erobern und wenn dies bei der Schwierigkeit der Aufgabe erklärlicherweise im Verlauf eines Jahres nicht möglich ist, so können wir doch einen langsamen Aufstieg feststellen. Der Mühen verschwand nach Darlegung der Verhältnisse, aus denen heraus das Vorgehen der Organisation beurteilt werden muß. Eine Firma rettete sich nach Einreichung einer Tarifvorlage in die Arme des Schutzverbandes, doch wurde auch hier der Zweck unseres Vorgehens, eine Lohnerhöhung für die Kollegenschaft, erreicht, ehe es zur Kündigung kam. Der gelben Werbearbeit wurde eine feste Aufmerksamkeit zugewandt und in gemeinsamen mit den übrigen arabischen Verbänden abgehaltenen Versammlungen die wahren Gründe und die Ziele dieser gewerkschaftlichen Brunnenergänzung aufgezeigt. Langsam trocknet mangels weiteren Aufschusses auch dieser Sumpf ein. Geschäftsversammlungen wurden im vergangenen Jahre 169 abgehalten, wozu noch neun Mitglieder- und vier öffentliche Versammlungen kamen. Wenn wir im neuen Jahre alle unsere Tätigkeiten darauf richten, die Scharte des Vorjahres auszumachen, so wird es uns auch gelingen, die Abtrünnigen wieder zu gewinnen und die Gleichgültigen aufzurütteln, dazu muß jedes Mitglied in seinem Kreis mitwirken. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Jahresrechnung der Verbandskasse aus

35 598 Mitgliedsbeiträgen 12 848,60 Mk. und aus 5179 Extrabeiträgen 714 Mk. beträgt. Mit Arbeitslosenunterstützung wurden 2964 Mk. ausbezahlt. Die Krankenunterstützung verursachte eine Ausgabe von 1750 Mk. und die Wöchnerinnenunterstützung eine solche von 550 Mk. Bemerkenswerte Ausgaben der Lokalfasse sind für lokale Streiklosten 389 Mk., für Sterbegeld 85 Mk., an Notfallunterstützung, Arbeitslose zu Weihnachten, beim Militär und Durchreisende 87 Mk., für Anfall der Beiträge 612 Mk. und zurückgezahlter Vorschuß an die Hauptkasse 700 Mk., jedoch der Bestand der Lokalfasse am Jahresabschluss sich nur auf 558 Mk. beläuft und noch 300 Mk. als Vorschuß in Berlin zu decken sind. Der Arbeitsnachweisbericht für 1912 ergibt, daß sich im Bureau als arbeitslos gemeldet haben 89 Kollegen und 144 Kolleginnen. Offene Stellen wurden gemeldet 30 männliche und 191 weibliche. Belegt sind worden 25 männliche und 108 weibliche. Besonders im Steinbrüch war es sehr schwer, offene Stellen zu besetzen und es sind besonders die Kolleginnen, die lieber jede sich bietende Stelle annehmen und den Weg ins Bureau scheuen. Hierin Wandel zu schaffen, soll mit unsere nächste Aufgabe sein. Bei der Renewahl der Verwaltung wurde der bisherige zweite Vorsitzende als erster gewählt. Der Schriftführer sowie die Beisitzer wurden zum größten Teil wiedergewählt, ebenso die Revisoren. Mit einem Appell des Vorsitzenden, der zur tätigen Mithilfe in der Agitation aufforderte, fand die Versammlung ihren Abschluß.

In der am 10. Februar in Fürth abgehaltenen Versammlung mit der gleichen Tagesordnung wurde zum Beisitzer Kollegin Bauer und als Vertrauensperson für Fürth die Kollegin Metzler gewählt. Der Besuch in Fürth ließ zu wünschen übrig, trotzdem (Oder gerade deswegen! Die Redaktion.) zum ersten Male die Versammlung alkoholfrei tagte.

Adressenveränderungen.

Hamburg-Altona-Wandsbek.

Bureau: Große Theaterstr. 44, 3. Stod. —
Telephon: Gr. 3, 9063. — Geöffnet: Täglich
9-11 Uhr morgens und 6-8 Uhr abends;
Sonnabends 9-1 Uhr morgens und 5-7
Uhr abends.

Arbeitsnachweis geöffnet 10-11 Uhr
vormittags.

Sejristaffierer: Hammerbrook: Karl
Kirchner, Nordstraße 21 IV. — St. Georg:
Karl Sellge, Postfachstr. 15, Haus 6 I. —
Uhlenhorst: Franz Schaller, Schumann-
straße 60 IV. — Wandsbek: Otto Lisse, Vogel-
weide 19 IV und Hermann Lohse, Lühner-
straße 101 III. — Eimsbüttel: Artbur
Läubrich, Luruper Weg 51 III. — St. Pauli:
Georg Hellwege, Altona, Nachlaßallee 1 II
bei Heid. — Altona und Ottenfen: Otto
Nordhause, Große Westerstr. 64, part.

Königsberg i. Pr.

Vorsitzender: Otto Badud, Sachheimer-
Mittelstraße 27a, Hofgeb. III.
Saffierer und Arbeitsnachweiser:
Karl Reibhardt, Fahrenstraße 5 II.

Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche ab-
gerechnet:

Brandenburg 16 60, Dessau 8,53, Hamburg
846,37, Neupren 54,22, Leipzig 3008,65, Mannheim-
Ludwigshafen 257,76, Stuttgart 793,75 Mk.
S. L o d a g I.

Durch einen Unglücksfall verstarb am
17 Februar unser treuer Kollege
Adolf Sönnewald
im Alter von 40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
die Bahnhalle Hamburg-Altona-
Wandsbek.

Durch einen Unglücksfall verstarb unser
lieber Mitarbeiter
Adolf Sönnewald
im Alter von 40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
das technische Personal von Auer & Co.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 8.

Berlin, den 22. Februar 1913.

19 Jahrgang.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1911.

III.

Die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages für Arbeiterinnen hat das Ueberarbeitsbedürfnis der Industrie ganz erheblich gesteigert. Bereits im Jahre 1910 trat diese starke Zunahme der bewilligten Ueberstunden hervor, indem deren Zahl an Wochentagen (auschl. der Sonnabende) von 1,96 auf 6,25 Millionen stieg. Der Rückgang war im Jahre 1911 nur ganz unwesentlich, und es scheint, als ob das Unternehmertum sich einige Jahrzehnte lang bei diesem Umfange von Ueberarbeit behaglich ausstrecken wolle. Im Berichtsjahre wurden in 5879 (1910: 5860) Betrieben an 111 679 (112 380) Betriebstagen für 482 694 (451 554) Arbeiterinnen insgesamt 6 026 812,2 (6 251 882,2) Ueberstunden gestattet, so daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb 19,9 (19,2) Ueberarbeitstage und 1025,1 (1066,8) Ueberstunden, auf jede beteiligte Arbeiterin 12,5 (13,8) Ueberstunden entfallen. Da auf jeden der Betriebe durchschnittlich 82,1 beteiligte Arbeiterinnen kommen, so geht daraus hervor, daß es überwiegend Großbetriebe, und zwar die größten sind, die sich auf solche Weise die Möglichkeit vermehrter Ausnützung der weiblichen Arbeitskräfte verschaffen und die Absichten des Arbeiterschutzes durchkreuzen.

Den Löwenanteil dieser Mehrarbeitszeit hat wieder die Nahrungsmittelindustrie mit 78 617 Stunden für 2932 Arbeiterinnen davongetragen; aber auch für die Textilindustrie und Metallbearbeitung sind noch ganz erhebliche Wüsten im Umfange von 59 644,5 und 45 797 Ueberstunden für 1673 bzw. 432 Arbeiterinnen. Die höchste Durchschnittsziffer dieser Mehrarbeitsstunden entfiel auf die Textilindustrie mit 1704 Stunden pro Betrieb; die höchste Belastung der Arbeiterinnen nahm die Metallindustrie mit 106 Stunden pro Kopf der Arbeiterinnen in Anspruch. Hier scheint die Grenze des Notwendigen für derartige Bewilligungen weit überschritten zu sein, denn diese Durchschnittsziffer beträgt an jedem Sonnabend für jede betroffene Arbeiterin eine mehr als zweifelhafte Ueberarbeit.

Weiterhin gestatteten die Verwaltungsbehörden noch 261 Betrieben (1910: 347) die Längerbeschäftigung von 5526 (1910: 6052) Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage über den gesetzlichen Arbeitsschluß hinaus. Es handelt sich dabei um Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen nicht zu versorgen haben. Obwohl die Zahlen der Betriebe, Arbeiterinnen und Ueberarbeitstage kleiner als im Vorjahre waren, ist die Zahl der bewilligten Ueberarbeitsstunden ganz erheblich gestiegen, nämlich von 194 501,6 auf 239 500,5 Stunden, so daß auf jeden beteiligten Betrieb 917,6 (1910: 560,5) und auf jede betroffene Arbeiterin 43,3 (32,1) Ueberstunden kommen. Im Durchschnitt ist jeder Betrieb mit 21,1 (17,4) Arbeiterinnen beteiligt. Da diese Arbeiterinnen in der Hauptsache mit Reinigungsarbeiten beschäftigt werden, so beweisen die letztgenannten Durchschnittsziffern wiederum, daß es sich auch hier um Großbetriebe handelt, welche sich diese Gelegenheit eines außergewöhnlichen Gewinnes nicht entgehen lassen.

Bezüglich der Sonntagsarbeit gibt die Statistik der Gewerbeaufsicht nur von den Bewilligungen nach § 105 f der Gewerbeordnung Kenntnis, also solchen, die von den unteren Verwaltungsbehörden zur Verhütung eines übermäßigen Schadens zugelassen werden, während Bundesrat und höhere Verwaltungsbehörden zahlreiche Ausnahmen von der Sonntagsruhe gewähren, über deren Umfang keine Statistik gegeben wird. In der Bewilligung der ersten genannten Sonntagsarbeit hat sich nun im Berichtsjahre eine erhebliche Zunahme bemerkbar gemacht, indem 3408 Betriebe (gegen 2915 im Vorjahre) für 156 972 Arbeiter (1910: 135 234) insgesamt 1 987 501 Arbeitsstunden (1910 nur 1 449 881 6) bewilligt erhielten. Es kamen hiernach auf jeden

Betrieb 583,2 (497,3) und auf jeden Arbeiter 12,7 (10,7) Stunden Sonntagsarbeit im Jahre. Die Tatsache, daß im Durchschnitt von jedem Betriebe 46,9 Arbeiter an dieser Sonntagsarbeit beteiligt waren, beweist, daß auch hier vor allem die Großbetriebe sich diese Möglichkeit, die Betriebsintensität zu steigern, zunutze machten.

Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, soviel Einfluß auf die Regelung der Arbeitszeit zu gewinnen, um diese Ueberarbeit möglichst auszuschalten. Manches kann auf dem Wege der Lohnaufschläge, die tariflich festgelegt werden, geschehen. Aber auch die Arbeiter selbst müssen sich mehr gegen ein Uebermaß von Arbeitsdauer wehren und das Ansuchen von Sonntagsarbeit möglichst zurückweisen. 6,3 Millionen Ueberstunden von Arbeiterinnen und 2 Millionen sonntägliche Ueberstunden im Jahre 1911 ergeben nahezu eine Million Arbeitstage, die einem ansehnlichen Heer von Arbeitslosen Beschäftigung geboten hätten. Es erscheint also das eigene Interesse der Arbeiter, diese Mehrarbeit in Zukunft einzudämmen.

Seit dem Jahre 1912, also in einem Zeitraum von 9 Jahren, ist die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe von 178 936 auf 297 969, also um 119 033 oder um 66,5 Proz., und insbesondere die Zahl der Betriebe mit Arbeiterinnen von 45 699 auf 97 512, also um 51 813 oder 113,4 Proz., und die der Betriebe mit jugendlichen Arbeitern und Kindern von 61 050 auf 110 240, also um 49 190 oder 80,5 Proz., gestiegen. Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter vermehrte sich von 4 849 108 auf 6 935 657, somit um 2 086 549 Köpfe oder 43,2 Proz. Hieron wuchs die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter an, von 3 664 461 auf 5 099 154, also um 1 434 693 = 39,1 Prozent; die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen nahm zu von 860 087 auf 1 317 682, sonach um 457 595 = 53,3 Proz. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter über 14 Jahren stieg von 316 303 auf 505 417, das ergibt ein Mehr von 189 114 oder 59,7 Proz., und die Zahl der Kinder unter 14 Jahren von 8077 auf 13 404, nahm also um 5327 = 65,9 Proz. zu. Wird durch diese Zahlen der Anschein erweckt, als ob die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen in stärkerem Maße als die von Männern zugenommen habe, so darf doch der Hinweis nicht unterbleiben, daß der Vergleichswert dieser Zahlen nur ein sehr bedingter ist. Die Ersetzung des Fabrikbegriffes durch die Bezeichnung „Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern“ hat dazu geführt, daß zahlreiche Betriebe mit Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kindern der Gewerbeaufsicht neu unterstellt worden sind, die ihr vordem nicht unterstanden. Immerhin kennzeichnen diese Zahlen die Vorliebe, deren sich auch heute noch besonders die jugendliche Arbeitskraft in Kreisen der ausbeutenden Unternehmer errent.

Die Revisionsergebnisse zeigen uns, daß in der Kontrollierung der Betriebe ein kleiner Fortschritt eingetreten ist, der aber zu wenig ist, um uns mit Zukunftshoffnungen zu erfüllen. In den neun Jahren von 1902 bis 1911 hat sich das Revisionsverhältnis von 49,1 auf 54,4 Proz. der Betriebe und von 78,8 auf 83,9 Proz. der Arbeiter gehoben, also im Jahresdurchschnitt um 0,56 bis 0,59 Proz. Sollte dieses Tempo für die Weiterentwicklung der Gewerbeaufsicht maßgebend werden, so sind wir in nahezu 77 Jahren so weit, daß alle Betriebe wenigstens einmal im Jahre besichtigt werden. Im Jahre 2000 würde damit ungefähr erreicht werden, was im preussischen Bergbau schon seit Jahren durchgeführt ist. So kann es aber auf die Dauer nicht weitergehen, we. in die verbündeten Regierungen überhaupt auf die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze irgendwelchen Wert legen und nicht das Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer künstlich abstumphen wollen.

Wie sehr der staatliche Arbeiterschutz an Bedeutung gesunken ist, zeigt uns ein Blick auf die

Errungenschaften der Gewerkschaften, soweit sie in den Tarifverträgen zum geltenden Recht erhoben worden sind. Da ist die Arbeitszeit zu einem ganz erheblichen Teil weit unter die gesetzliche Grenze verkürzt, der Schutz gegen Erpressung von Ueberarbeit durch Lohnzuschläge verstärkt, für einen großen Kreis von Arbeitern die Arbeitsvermittlung geregelt, vor allem aber die Lohnfrage, an die die Gesetzgebung selber überhaupt noch nicht heranzutreten wagte, im Sinne der Einführung von Mindestlöhnen geregelt worden. Das alles haben die Arbeiterorganisationen seither ohne den Apparat amtlicher Behörden fertiggebracht. Es wäre den Gewerkschaften ein Leichtes, für die Durchsetzung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen einzutreten, wenn sie den Apparat der staatlichen Behörden für sich, anstatt wie es heute meist tatsächlich der Fall ist, gegen sich hätten. Würden die staatlichen Aufsichtsbehörden sich auf die Mitarbeit der Gewerkschaften stützen und deren Organe in jedem Betriebe Rechte einräumen, dann wäre es besser um die Durchführung des Arbeiterschutzes im Deutschen Reiche bestellt. Indes darf der Widerstand der Behörden die Gewerkschaften nicht abhalten, freiwillig ihre Kraft in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen und in allen Betrieben durch ihre Vertrauensleute ein scharfes Auge auf die strenge Innehaltung der zum Schutze der Schwachen erlassenen Gesetze zu halten. Nicht um Dank und Anerkennung zu ernten, sondern im eigenen wohlverstandenen Interesse sollen sie sich als Organ der Ordnung in den Betrieben fühlen, denn es erleichtert ihnen ihre notwendige Vorarbeit für weitergehenden Arbeiterschutz.

Rundschau.

Tariffbewegungen im deutschen Steinbrudergewerbe. Belanständig führte der große Streik- und Ausperrungskampf im Steinbrudergewerbe vom Oktober 1911 bis Ende Januar 1912 zum Abschluß loser Vereinbarungen ohne Zeitdauer über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese wurden abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Steinbrudereibesitzer und dem Gehilfenverband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe. Diese Vereinbarungen haben also für die übrigen Firmen, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, keine Gültigkeit. Der Arbeitgeberverband hat es im März v. J. abgelehnt, gemeinschaftlich mit dem Gehilfenverband einen festen Tarifvertrag mit bestimmter Geltungsdauer für das gesamte deutsche Lithographie- und Steinbrudergewerbe zu schaffen, wie ein solcher im deutschen Buchdrudergewerbe schon seit langen Jahren besteht. Der Gehilfenverband steht auf dem Boden von festen Tarifverträgen; er ist z. B. auch Tarifkontrahent der Zentraltarife für das deutsche Lithographie- und Kupferdrudergewerbe, für das deutsche Lichtdrudergewerbe und für das deutsche Formstehergewerbe; und er hat auch schon mit zahlreichen Betrieben des Lithographie- und Steinbrudergewerbes, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, feste Tarifverträge abgeschlossen. In mehreren Fällen erstreckten sich diese sogar auf alle Betriebe bestimmter Orte und Bezirke. In der letzten Zeit sind nun wieder vom Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe eine ganze Reihe fester Tarife auf bestimmte Zeiten abgeschlossen worden mit Firmen, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören. Diese Tarife enthalten ungefähr dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen, als wie die mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen losen Vereinbarungen: Arbeitszeit für Lithographen 48, für Steinbruder 53 Stunden wöchentlich. Mindestlohn nach vierjähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre nach den örtlichen Verhältnissen steigend, jedoch nicht unter 20,50 Mk. pro Woche. Lehrlingsstufen: auf 1 bis 3 und von da ab auf 1 bis 4 Steinbruder; auf 1 bis 4 und von da ab auf 1 bis 5 Lithographengehilfen kann je ein Lehrling ausgebildet werden. Ueberstundenzuschlag Wochentags 25 und Sonntags 50 Prozent; Bezahlung der Feiertage und einer Extraentschädigung für Brotzearbeiten, Lief-

zung des Verbrauchsmaterials, wie Federn, Tusch, Kadeln, Bleistifte usw., Entschädigung aus § 616 des B. G. B. bei Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten bis zu drei Stunden, den im Afford arbeitenden Gehilfen wird eine solche von 50 Pf. pro Stunde bezahlt und ähnliche Bestimmungen mehr. — So wird aus Leipzig berichtet, daß dort für alle Rotendrucker ein allgemeiner Tarif auf vier Jahre abgeschlossen wurde mit einem Mindestlohn von 22 Mk., steigend bis 29 Mk. Außerdem sollen die Löhne bis 32,50 Mk. erhöht werden. — In Hamburg wurde mit der Firma N. Salomon ein Tarif, gültig bis zum 1. September 1914, abgeschlossen. Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre 24, im zweiten, dritten und vierten Gehilfenjahre 27, 30 und 33 Mk. Die beschäftigten Steindrucker erhielten bei Inkrafttreten des Tarifes je 1,50 Mk. Lohnzulage. — In Cassel wurde mit den drei Firmen Gebr. Barth, Bühler u. Co. und mit der Blechbofen- und Plattenfabrik ein gleichlautender Tarif bis zum 30. September 1915 vereinbart. Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre 21 Mk. Auch werden nach zwei Jahren drei Tage und nach jedem weiteren Jahre ein Tag mehr gewährt. — In Pforzheim wurde mit der Firma Bergaß ein Tarifvertrag bis zum 1. Dezember 1915 vereinbart. Hier wurden auch Ferien und Lohnzulagen bewilligt. — In Stollberg i. Rheinland wurde mit der Kunstanstalt W. Beym ein Tarif, gültig bis zum 1. Februar 1916, abgeschlossen. Mindestlohn nach vierjähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre 5 Mk., selbstgefertigte Arbeitsmuster erhält jeder auf Wunsch. — In Ulm wurde mit der Firma Walcher ein Tarif mit Gültigkeitsdauer bis zum 31. August 1915 abgeschlossen. Mindestlohn 21 Mk. Lohnzulagen wurden sofort 5 Prozent bewilligt, eine weitere Lohnzulage tritt am 1. März 1914 ein. Auch wurden Ferien bewilligt. — Außer diesen Tarifabschlüssen wurden in einigen Städten noch sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht. So bewilligte in Elberfeld die Firma Schulz u. Behrmann eine Reihe Lohnzulagen. Die Firma Peters hat die Arbeitszeit um sechs Stunden verkürzt, auch bewilligte sie einige Lohnzulagen. Die Firma G. Korff u. Petersen bewilligte ebenfalls eine Reihe Lohnzulagen. — In Göttingen wurde von der Firma Liebhardt die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden verkürzt. — In Göttingen wurde in der Firma Fischer u. Weiß die Arbeitszeit für Steindrucker von 55½ auf 53 Stunden wöchentlich verkürzt. — Alle diese Bewegungen verliefen ohne Kampf; auf friedlichem Wege wurde eine Verständigung erzielt, die für beide Teile zum Vorteil gereichen wird.

Gegen die Berliner Zeitungsfirma Ullstein klagte vor dem Gewerbegericht ein Arbeiter, der als Expresfahrер mit einem Monatsgehalt von 60 Mk. angestellt war. Er hatte alle Tage mit dem Frühzuge von Gesundbrunnen nach Potsdamer Platz zu fahren und die bestimmte Anzahl Exemplare der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ den am Bahnhofsperron wartenden Austrägerinnen zu verabfolgen. Er wurde nun plötzlich ohne Einhaltung der durch Vertrag getroffenen Bestimmungen entlassen. Der Kläger erhob vor Gericht Anspruch auf ein Monatsgehalt.

Die Firma beschuldigte ihn, den Paketen Zeitungen entnommen und verkauft zu haben, konnte aber auch durch zwei Zeugen nicht beweisen, ob die verkauften Zeitungen aus den Paketen genommen waren. Einmal handelte es sich um eine Nummer der „Morgenpost“, einer ebenfalls in dem Verlage erscheinenden Zeitung, die der Kläger gar nicht zu expedieren hatte.

Der Arbeiter bestritt die Anschuldigungen sehr entschieden und behauptete, die Firma habe ihn nur rausgeschoben wollen. Er hätte sich drei Jahre lang für kumbige 60 Mk. im Monat für die Firma herumgedreht und sich keinerlei Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen.

Das Gericht erkannte, daß die Entlassung des Arbeiters zu Unrecht erfolgt sei und verurteilte die Firma, da dem Kläger eine Unterschlagung nicht habe nachgewiesen werden können, zur Zahlung der geforderten 60 Mk.

Der Würber Schuhmeiers ist ein Sozialdemokrat, schwindelt dreist und gotteslästerlich das „Bamberger Volksblatt“, ein Zentrumspapier in Bayern. Na, ja, die Frommen verstehen sich auf den Schwindel. Schuhmeier ist von einem sozialdemokratisch organisierten Eisenbrecher erschossen worden, das ist die neueste Leistung der christlichen Wahrheitsfreunde, die kaum noch zu übertreffen sein wird. Die Taktik der frommen Zentrumskristen ist wohl zu durchschauen. Die einen verunglimpfen den Ermordeten und nennen ihn die widerlichste Gestalt im österreichischen Parlament,

bedauern aber den Mörder, der durch den schrecklichen Terrorismus der bösen Sozialdemokraten zu seiner Tat getrieben wurde. Sie dürfen ihnen mehr oder weniger intelligenten Lesern so fauldicke Lügen nicht aufbinden, denn mancher von ihnen liebt auch noch eine andere Zeitung. Die anderen jedoch sind fast ihrer Schäflein sicher. Der Herr Pfarrer behütet sie und achtet streng darauf, daß kein anderes Blatt ihnen ins Haus kommt. So wird die beabsichtigte Wirkung erreicht. Sie bekommen ein Grausen vor der verworrenen Gesellschaft der Sozialdemokraten, bei denen Mord und Totschlag an der Tagesordnung ist.

Massenstreik und Buchdruckerarbeiter. Die sozialdemokratische Partei in Ungarn plant eine große Demonstration gegen die Umtriebe der Regierenden, die die Arbeiter mit einem sogenannten Wahlrecht beglücken wollen. Als wirksamste Aktion gegen die Pläne der „Staatsmänner“ ist der Massenstreik in Aussicht genommen worden. Die Teilnahme der in den Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter an dieser mächtigen Kundgebung scheint gesichert. Eine Konferenz der Vertrauensmänner der Buchdruckereien von Budapest, in der 162 Drucker durch 280 Delegierte vertreten waren, beschloß, sämtliche Buchdruckerarbeiter die Teilnahme an dem geplanten Massenstreik zu empfehlen.

Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Australien. Der Richter des gewerblichen Schiedsgerichts in Neu-Süd-Wales erließ einen Einhaltsbefehl gegen die Funktionäre der Gasarbeiter-Gewerkschaft, wodurch diesen bei hohen Strafen verboten wird, die schon begonnene Urabstimmung für eine Arbeitseinstellung fortzusetzen. — Der wachsende Widerwille der Arbeiter in Neu-Süd-Wales gegen die obligatorischen Lohnämter und Schiedsgerichte wird verständlicher, wenn man z. B. das letzte Urteil des staatlichen Schiedsgerichtes liest, wonach jeder Lohn-erhöhung durch die Lohnämter berechtigterweise auch eine Erhöhung der Lebensmittelpreise usw. folgen dürfe und daß das letztere nicht ein erneuter Grund sein dürfe, eine nochmalige Revision bezw. Erhöhung der festgelegten Lohnsätze zu verlangen. — Die Urabstimmung unter den großen Verbänden der Landarbeiter ergab eine überwältigende Mehrheit für die Verschmelzung.

Belgien. Als letzte Gruppe in Brüsseler Buchgewerbe haben jetzt auch die Schriftgießer nach vierwöchentlichem Streite durch Schiedspruch den Neunstundentag erlangt. Alle Lohnsätze erfahren eine Verbesserung und wurde der Minimallohn auf 65 Centimes pro Stunde festgesetzt.

Großbritannien. In London fand Ende Januar die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei statt, auf der 508 Delegierte rund 1.900.000 Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften und politischen Organisationen vertraten. Bei der Gründung im Jahre 1900 zählte die Partei 374.000 Mitglieder, 1907 dagegen schon 1.072.000. In der wichtigsten Frage, welche die Konferenz beschäftigte, wurde nach langen Debatten beschlossen, gegen solche Mitglieder vorzugehen, welche sich im Parlament der Parteibühnen nicht fügen wollen. Da unter den 40 Abgeordneten sich nur 13 Sozialisten befinden, ist es oft vorgekommen, daß scharfe Gegenätze auch bei den Abstimmungen zum Ausdruck kamen, sehr zum Schaden der Partei. Die Nichtaufassung des Sozialisten Lansbury, der bekanntlich wegen Meinungsverschiedenheiten in Sachen des Frauenwahlrechtes sein Mandat niederlegte und bei der Neuwahl unterlegen ist, wurde gutgeheißen. Die Zentralfaktion aller Wahlkreise sowie der Kandidatenauswahl wie auch die Gründung einer Arbeiterpartei für Schottland wurde abgelehnt. In Sachen des Wahlrechtes wurde mit einer Majorität von 2 zu 1 beschlossen, daß die Partei gegen die Wahlvorlage zu stimmen habe, welche das Wahlrecht der Frauen ausschließt. An dieser Abstimmung beteiligten sich die Bergarbeiter, die über eine halbe Million Stimmen verfügten, nicht. Ein Antrag, der den Mitgliedern die Annahme von Regierungssämtern unterzogen wollte, wurde verworfen. Im übrigen stimmte die Konferenz einer Reihe von sozialen Gesetzentwürfen zu, worunter besonders die Forderung auf Ausdehnung der staatlichen Arbeitslosenversicherung auf alle Arbeiter und zwar ohne Vertragspflicht der Arbeitnehmer, zu erwähnen wäre. Für die bedrängten Gewerkschaften in Bulgarien und Serbien wurden je 2000 Mk. bewilligt und beschloffen, einen Aufruf für sie zu erlassen. Einen gleichen Beschluß faßte kurz vorher die gewerkschaftliche Landeszentrale. Die Tatsache, daß die englischen Arbeiter ihre Solidarität in praktischer Weise auch den Arbeitern anderer Länder zu beweisen begannen, darf wohl als einer der besten Beweise

für den inneren und äußeren Fortschritt ihrer Bewegung angesehen werden. — Nach einem offiziellen Berichte starben im letzten Jahre in England allein 100 Personen den Hungertod.

Norwegen. Der norwegische Buchdruckerverband hat jedoch den Buchdruckerbeitzen der Entwurf zu einem Reichstari überreicht. Der Entwurf ist das Produkt einigender Verhandlungen der Verbandsinstanzen mit den Filialen und deren Vertretern. Bisher gab es im norwegischen Buchdruckerergewerbe nur Lokaltarife, die zurzeit in 47 Orten durchgeführt sind, d. h. fast in allen Orten, wo das Buchdruckerergewerbe eine nennenswerte Bedeutung hat. In dem jetzigen Entwurf zu einem Reichstari wird die Verabreichung der Arbeitszeit auf acht Stunden, eine Woche Ferien im Jahre, eine Erhöhung der Minimallohne auf 24–30 Kronen pro Woche, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiterinnen und eine Neuregelung der Lehrlingskafala gefordert.

Portugal. Da die Schiffsverlader und Seefahrer in Lissabon sich mit den streitenden Schiffsmanngschaften der Südafrika-Linie solidarisch erklärten, stockt der Verkehr im Lissabonner Hafen fast vollständig.

Rußland. Nach einer noch unvollständigen Zusammenstellung erlebten sechs sozialistische Tages- und Wochenblätter, die aber alle nur wenige Male erschienen, in der letzten Zeit 97 Konfiskationen, 12.950 Rubel Strafe, 21 Jahre 7 Monate Gefängnis, in einem Falle lebenslängliche Deportation und in einem Falle ein Jahr „administrative Verhaftung“. — In Rußland steht noch immer die Strafe der Zwangsarbeit auf der bloßen Mitgliedschaft in der sozialistischen Partei!

Spanien. Rund 30.000 Bauarbeiter wurden in Madrid ausgeperrt, nachdem alle Einigungsversuche, auch die Intervention der Regierung, ergebnislos verlaufen waren.

Vereinigte Staaten. Um die Kaffeepreise hochzuhalten, wurden wieder Tausende von Säcken Kaffee in den Ozean geschüttet. In Illinois wurden aus demselben Grunde 1000 Waggons Kartoffeln vernichtet. In Californien machte man es mit den Zwiebeln ebenso. Dort auch verlaufen Millionen Fass Äpfel, weil die Händler syndikate und Eisenbahnen die Preise so arg brühten, daß sich der Verkauf für die Farmer nicht lohnt!

Eingegangene Druckschriften.

Ein neuer Robinson? Ja! Und oben drein einer, der den zweihundert Jahre alten Robinson des guten Desoe weit übertrifft. Denn Robinson Crusoe ist eine Gestalt, die der Dichter geschaffen hat und der er die reichen Naturschätze einer Tropeninsel zur Verfügung stellte. Kapitän Miffelen aber, der artliche Robinson, hat drei lange Jahre seines Lebens im Banne des Polar-eises verbracht, stets den Tod in allen möglichen Gestalten vor Augen, und erst im Sommer vorigen Jahres wurden er und sein treuer Begleiter Iversen auf einer einsamen Felsinsel des Eismerees aufgefunden und gerettet. Der Verlaß Brockhaus, der dem deutschen Volk schon so viele bedeutende Reiseerzählungen zugänglich gemacht hat, bietet mit Kapitän Miffelens Buch, das den Titel „Ein artlicher Robinson“ trägt und dessen erste Lieferung schon ausgegeben wird, eine besonders wertvolle Gabe.

Wie schon die erste Lieferung zeigt, versteht Kapitän Miffelen ausgedehnt zu schildern. Statt erst eine langatmige Beschreibung der Anfangsstadien seiner Expedition zu geben, geht er als echter Seemann gleich auf das Ziel los. Unheimlich genau fängt die Reise an, denn alle für die Expedition bestimmten Stunden sind entweder tot oder müssen anstehender Krankheiten halber erschossen werden, und ohne Stunde ist eine Schiffsenerpedition unmöglich! Geradezu ergreifend ist die Letzte des Wogens, der den Kapitän „Ein Weltlauf mit dem Sunnert“ und „Das Ende?“ entnommen ist. Einen solchen Weltlauf können nur Männer gewinnen, die jeder Gefahr kühn ins Auge schauen und die im Bewußtsein ihrer Kraft selbst in den verzweifeltsten Lagen, auch wenn das Ende noch so nahe scheint, die Hoffnung nicht sinken lassen. Einen prächtigen Schluß der ersten Lieferung bilden die vier Tafeln mit Bildern, darunter auch die Wieder-gabe eines stimmungsvollen Aquarells „Auf der Suche nach Wild“. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, unseren Lesern über das Werk zu berichten, das zunächst in einer Lieferungsausgabe erscheint (18 Lieferungen zu je 50 Pf.) und das Ende Februar vollständig vorliegen wird (gebunden 10 Mk.).